



**mouvement
écologique**

Stellungnahme

**Statt Worten und Lippenbekenntnissen:
reelle Taten in der zweiten Hälfte der
Legislaturperiode!**

Oktober 2021

Statt Worten und Lippenbekenntnissen: reelle Taten in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode!

Der Mouvement Ecologique nimmt die Rede zur Lage der Nation von Staatsminister X. Bettel sowie die Vorstellung des Staatshaushaltes durch Finanzminister P. Gramegna als Anlass, die Ausrichtung der Regierungspolitik in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode zu kommentieren und konkrete Anregungen zu formulieren.

Dabei steht im Fokus, inwiefern die Aussagen des Staatsministers zielführend im Sinne einer ökologischen Transition sind.

Positiv hervorzuheben ist, dass der Staatsminister dem Klimaschutz in seiner Rede einen besonders hohen Stellenwert einräumte und die Dringlichkeit zum Handeln explizit hervorhob. Auch die entsprechenden Aussagen von Finanzminister P. Gramegna im Sinne der Klimaschutzmaßnahmen sind bemerkenswert.

Höchst bedauernswert ist jedoch, dass die Biodiversitätskrise - die erwiesenermaßen von eben solcher Bedeutung wie die Klimakrise ist - nicht einmal am Rande Erwähnung fand.

Obwohl die Klimaschutzproblematik mittlerweile deutlich hervorgehoben wird, muss der Mouvement Ecologique jedoch leider feststellen, dass sowohl im Bericht zur Lage der Nation als auch im Entwurf des Staatshaushaltes nicht-nachhaltige Pfade weiterhin gefestigt werden.

Das Fortführen der jetzigen Regierungspolitik bedeutet jedoch zwei verlorene Jahre hin zu einem zukunftsfähigen Luxemburg im Sinne der heutigen und der kommenden Generationen.

Der Mouvement Ecologique richtet deshalb einen eindringlichen Appell an die gesamte Regierung, die im Folgenden erwähnten zentralen Herausforderungen in der verbleibenden zweiten Hälfte der Legislaturperiode anzugehen, um somit die so wichtigen Akzente im Sinne der erforderlichen Transition zu setzen.

1. Abkehr vom Wachstumsfetichismus

Es ist befremdlich, wenn in der Rede des Staatsministers das an den Klimaschutz anschließende Kapitel, die zu erwartende Steigerung des Wirtschaftswachstums, ist. Dabei nutzte X. Bettel zwar den Begriff "nachhaltiges Wachstum", doch nach wie vor ist nicht gewusst, was die Regierung eigentlich unter diesem Begriff versteht. Höchst problematisch ist zudem, wenn der Budgetminister sogar u.a. aufgrund der in den kommenden Jahren zu erwartenden Wachstumsraten keinen Handlungsbereich in Steuerfragen sieht.

Sogar eher "klassische" Ökonomen, wie der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Marcel Fratzscher, aber auch Gremien wie der IPPC oder der Weltbiodiversitätsrat führen in immer eindringlicheren Analysen und Appellen an, Klima- und Biodiversitätsschutz seien mit einem steten Wachstum nicht vereinbar! Eine absolute Entkoppelung des Ressourcenverbrauchs vom Wachstum sei nicht machbar, Klimaneutralität und ein ausreichender Biodiversitätsschutz nicht erreichbar.

Der Mouvement Ecologique tritt deshalb

- *weiterhin dafür ein, das Wachstumsdogma zu hinterfragen und mittelfristig ein wirklich zukunftsfähiges Luxemburger Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell aufzubauen.*

Im Hinblick auf dieses Ziel sind dabei - neben anderen - folgende drei Instrumente kurzfristig in die Wege zu leiten:

- *Das Festlegen von **Nachhaltigkeitskriterien für die wirtschaftliche Entwicklung** Luxemburgs und deren rechtliche Verankerung. Dies bedingt ebenfalls, dass der arg strapazierte Begriff "nachhaltiges Wachstum" definiert werden muss.*
- *Die umgehende Durchführung der seit Jahren überfälligen Analyse, wie das **Sozialsystem unabhängiger vom Wachstum finanziert** werden kann. Ansonsten vererben wir den kommenden Generationen nicht nur die Klima- und Biodiversitätskrise, sondern übertragen ein Sozialsystem, dessen Finanzierung auf lange Sicht nicht gesichert ist.*
- *Die Aufwertung des **PIB-du bien être** und dessen parallele Veröffentlichung zum Bruttozialprodukt.*

Immer mehr Menschen ist bewusst, dass u.a. weder die akuten Probleme der gravierenden Wohnungsnot, der Mobilität noch der Zersiedlung der Landschaft gelöst werden können, wenn die Einwohner- und Arbeitnehmer*innenzahl, zum Ziele der Steigerung des Bruttonationalproduktes, in dem derzeit prognostizierten Ausmaß anwachsen sollen.

Zudem: die stetige Steigerung des Bruttonationalprodukts hat nicht verhindert, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Luxemburg immer weiter auseinander klafft: das Gegenteil ist der Fall!

2. Technologische Neuerungen sind unerlässlich – aber kein Allheilmittel

Beide Reden zeichneten sich zudem durch eine starke Technologie-Gläubigkeit aus. Nach der Devise: das Modell stimmt, der technologische Fortschritt wird es richten! Dies ist ein Trugschluss! Nimmt z.B. aufgrund des Wirtschaftswachstums der Energiebedarf weiterhin zu, so wird es niemals möglich sein, diesen mit erneuerbaren Energieträgern, wie z.B. Solar- oder Windkraft, zu stillen! Ebenfalls nicht mit grünem Wasserstoff (Anmerkung: Der Mouvement Ecologique spricht sich kategorisch gegen den sog. „rosa“ Wasserstoff aus, der auf Basis von Atomstrom produziert wird! Atomkraft ist keine Lösung aus der Klimakrise, jeder investierte Euro in Atomkraft verschleppt die notwendige energetische Transition und führt in eine risikoreiche Sackgasse).

Es ist an der Politik – über sinnvolle (!) technologische Entwicklungen hinaus – politische Verantwortung zu übernehmen, um unerlässliche *Struktureformen* anzugehen.

Die Kreislaufwirtschaft ist sicher von herausragender Bedeutung aus ökologischer und ökonomischer Sicht, da sie es erlaubt, nicht nur Ressourcen zu schonen, sondern zudem der einzige Ausweg ist, um der Ressourcenknappheit und den damit verbundenen geopolitischen Spannungen entgegenzuwirken. Aber: Auch sie ist kein Allheilmittel! Vor der Kreislaufwirtschaft muss die Reduktion des Ressourcen- und Energiehungers stehen!

In diesem Sinne ist u.a. ein Umdenken nach dem Motto des "Weniger und Besser" sowie der Stärkung der Regionalität (in Zusammenarbeit mit der Großregion) in den verschiedenen Aktivitätsbereichen zielführend!

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass

- *sich dieser grundsätzliche Paradigmenwechsel wie ein roter Faden durch die Regierungsarbeit und alle Politikentscheidungen ziehen muss.*

Es gilt diesen zu konkretisieren, mit Projekten wie:

- **Förderung des Reuse-Repair-Share:** durch steuerliche Befreiungen, gezielte Förderprogramme, erweitertes Recht auf Reparatur ...;
- **Klare Ansagen im öffentlichen Beschaffungswesen:** Ausschreibungen gewährleisten, bei denen Nachhaltigkeitskriterien respektiert werden;
- **Entwicklung neuer Arbeitsmodelle:** wie z.B. verstärkte Synergien zwischen Akteuren der Abfallwirtschaft und des solidarisch- und sozialen Arbeitsmarktes;
- **Überdenken der Arbeitszeitmodelle** sowie offene Debatte über auch kontroverse Themen, wie z.B. jene des Grundeinkommens;
- **Förderung von Gemeinschaftsprojekten** im Sinne des Gemeinwohls....

3. Soziale und ökologische Aspekte konkret gemeinsam angehen!

Der Mouvement Ecologique thematisiert seit Jahren, z.T. in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmerkammer, dass Soziales und Ökologie eng miteinander verbunden sind. Auch der Staatsminister hob diesen Umstand in seiner Rede hervor, was positiv ist. Jedoch führte er, neben dem bekannten Ausgleich im Rahmen der CO₂-Besteuerung, kaum wirklich konkrete Instrumente in diesem Sinne an.

Dabei ist es von herausragender Bedeutung ALLE Haushalte – und ebenfalls ALLE Wirtschaftszweige/-akteure – auf dem Weg der gesellschaftlichen Transformation mitzunehmen und zu begleiten. Es liegt auf der Hand, dass dies für finanzstarke Haushalte weitaus unproblematischer ist, als für Personen mit weniger finanziellen Mitteln. Auch wenn Sozialpolitik primär mittels sozialpolitischer Maßnahmen erfolgen soll, so erfordert die notwendige gesellschaftliche Transition doch neue Instrumente und eine weitaus gezieltere Politik. Wohlwissend, dass die derzeitigen Steigerungen der Energiepreise nicht ökologischen Aspekten geschuldet sind: sie zeigen besonders eindringlich auf, wie wichtig der Ausstieg aus den fossilen Energien und die Reduktion der Abhängigkeit gegenüber den Lieferanten ist.

Der Mouvement Ecologique erwartet, statt Schlagwörtern wie in der Regierungserklärung, konkrete Maßnahmen, wie u.a.:

- **Erstellung einer weitaus kohärenteren umfassenderen Strategie und einer breiten Information, wie (vor allem, aber nicht nur) finanzschwache Haushalte in der energetischen Transition begleitet werden sollen (dies über die einzelnen punktuellen Programme, wie z.B. der Ersatz von Heizölheizungen oder die Förderung der Elektromobilität hinaus). Diese gilt es gemeinsam mit Akteuren aus dem sozialen Bereich zu erstellen;**
- **Programm zur Requalifizierung von Arbeitnehmer*innen in Branchen, bei denen im Rahmen der Transition ggf. ein Abbau von Arbeitsplätzen zu erwarten ist – Requalifizierung in zukunftsträchtigen Branchen;**

- *Gezielte Analyse mit konkreten daraus folgenden Instrumenten, wie **bestehende Programme verstärkt alle Bevölkerungskreise** erreichen können (z.B. auf der Ebene der Altbausanierung).*

4. Versprochene nachhaltige Steuerreform angehen!

Sowohl der Staatsminister als auch der Budgetminister legten unmissverständlich dar, in dieser Legislaturperiode würde die bereits in der letzten Legislaturperiode versprochene (!) Steuerreform erneut nicht durchgeführt werden. Der Mouvement Ecologique erachtet dies als äußerst problematisch aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung.

Auch hier gilt die Tatsache: eine erdrückende Mehrzahl der Ökonomen führt überzeugend an, dass solange steuerlich die falschen Anreize gesetzt werden – sprich die Umweltbelastung keinen Preis hat und Kapital weniger besteuert wird als der Faktor Arbeit – die Politik den falschen Rahmen setzt und den Weg in Richtung nachhaltiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell versperrt.

Wenn die Bekenntnisse der Regierung zum Klimaschutz sowie zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transition auch nur annähernd glaubwürdig sein sollen,

- *dann führt kein Weg vorbei an der umgehenden **Durchführung einer nachhaltigen Steuerreform**, die den Fokus auf eine höhere Belastung des Umweltverbrauchs / -belastung und die Besteuerung des Kapitals legt!*

Das Mindeste ist, dass diese Regierung

- *den **Weg für diese tiefgreifende Steuerreform für die kommende Regierung vorbereitet** und alle erforderlichen Berechnungen, Dokumente usw. erstellt, entsprechende Analysen anfertigt und im Vorfeld der Wahlen veröffentlicht sowie zur Diskussion stellt;*
- *eine **konsequente progressive Erhöhung der CO2-Steuer** durchführt. Dabei gilt es langfristige Planungssicherheit zu geben, und dies nicht nur bis 2023. Es ist von eminenter Bedeutung, die progressive Steigerung über einen weitaus längeren Zeitraum anzukündigen. Auch Vertreter der Wirtschaft fordern zuletzt immer wieder, dass Nägel mit Köpfen gemacht werden und die Regierung der Industrie höhere Anreize zu Klima-investitionen stellt und eine langfristige Planung ermöglicht;*
- ***die Steuer-Vorteile für fossil betriebene Leasing-Fahrzeuge abschafft.** Staatliche Anreizsystem im Bereich „Leasing-Dienstfahrzeuge“ müssen an das Pariser Klimaabkommen sowie die Ziele des Nationalen Klima- und Energieplanes angepasst werden;*
- ***öffentliche Gelder**, wie z.B. jene des Pensionsfonds (Fond de compensation), **nicht weiterhin** weder **in klimaschädigende Sektoren** wie Kohle, Öl und Gas noch in die Atomindustrie oder in Unternehmen, die Menschenrechte missachten, investiert werden.*

Der Mouvement Ecologique begrüßt dabei ausdrücklich, dass endlich Ernst gemacht werden soll mit der Reform der Grundsteuer sowie eine Spekulationssteuer eingeführt werden soll. Es gilt aber mit doppelter Schlagkraft an beiden Dossiers zu arbeiten, damit noch in dieser Legislaturperiode eine sachliche Debatte möglich sein wird.

5. Schluss mit, aus der Sicht von Klima- und Biodiversitätsschutz, kontraproduktiven staatlichen Ausgabe!

Bereits in vorherigen Regierungsprogrammen war eine Analyse kontraproduktiver finanzieller Investitionen / Subventionen angekündigt worden, so auch in jenem der derzeitigen Regierung.

Eine derartige Analyse wird sogar von Fachkreisen als ebenso wichtig wie eine nachhaltige Steuerreform angesehen. Denn es ist doch geradezu absurd, wenn die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen auch noch staatlicherseits finanziell belohnt und geradezu gefördert und vorangetrieben wird.

Die französische Regierung z.B. hat zum 2. Jahr in Folge im Parlament eine Budget-Analyse - budget vert – vorgelegt. Dabei steht die französische Regierung nicht alleine da, denn in zahlreichen europäischen Ländern wurden ähnliche Analysen durchgeführt.

In diesem “budget vert” wurden die aus Sicht des Umwelt- und Klimaschutzes kontraproduktiven Ausgaben untersucht. Einer Gesamtsumme von 32,5 Mrd € Ausgaben im Sinne von erneuerbaren Energien, Dekarbonisierung der Industrie, sanfte Mobilität, Kreislaufwirtschaft, Förderung der Biodiversität u.a.m. stehen rund 11 Mrd € umweltbelastende Ausgaben entgegen.

Nicht-Regierungsorganisationen erscheint dieser Betrag noch weitaus zu gering, da eine Reihe von wesentlichen Ausgaben nicht berücksichtigt wurden... und demnach die Bilanz wohl noch ungünstiger ausfallen dürfte.

*Der Mouvement Ecologique fordert seit Jahren eine solche Bilanz für Luxemburg. Nach wie vor liegt jedoch keine derartige Analyse auf dem Tisch. Dabei wäre sie ein wesentlicher Beitrag, um die notwendige Transparenz der öffentlichen Investitionen zu erreichen und konsequent einen **Abbau von aus Umwelt- und Klimasicht kontraproduktiven Ausgaben** in die Wege zu leiten und somit auch eine gute Verwaltung der Steuergelder sicherzustellen. Stichworte in diesem Zusammenhang sind Fehlinvestitionen im Landwirtschaftssektor, Bezuschussung vom motorisierten Individualverkehr usw.*

Hier geht es um die Glaubwürdigkeit des politischen Engagements: Weshalb zaudert die Regierung, weshalb zaudert der Finanzminister, weshalb zaudert das Parlament eine solche Bilanzierung sektoren-übergreifend herbei zu führen?

6. Politisches Handeln statt “schöner Worte”

Es liegt aber auf der Hand, dass der Mouvement Ecologique vor allem erwartet, bei anstehenden Projekten die hehren Worte zum Schutz des Klimas und der Biodiversität reell mit Leben zu füllen.

Denn gerade der Graben zwischen Aussagen wie “Wir müssen im Klimaschutz dringend handeln” und der Realität in dem Ergreifen konkreter Maßnahmen nimmt immer unerträglichere Ausmaße an. Dies zusätzlich, wenn man die Dringlichkeit der Situation vor Augen hat.

Als besonders zentrale Dossiers in denen konsequentes Handeln im Sinne des Biodiversitäts- und Klimaschutzes geboten sind, seien - zusätzlich zu den bereits genannten - folgende angeführt (Anmerkung: Diese Liste hat nicht den Anspruch komplett zu sein, vielmehr werden vielmehr aktuelle Dossiers hervorgehoben):

- **“Nein zu Mercosur“ – dem Freihandelsabkommen mit den südamerikanischen Staaten und der EU - sowie ähnlichen überholten Freihandelsabkommen:** Welthandel ja, aber in Wahrung demokratischer, sozialer und ökologischer Rechte, was bei diesen Abkommen nicht der Fall ist.
- **“Nohaltegekeetscheck“ endlich mit Leben füllen:** Dieser wird seit Jahren immer wieder in den Regierungsprogrammen angeführt. Er wurde zudem am Rande in der Rede vom Staatsminister erwähnt. Doch ist er etwas wie das Phänomen des “Loch Ness”: er taucht immer wieder auf und verschwindet dann wieder, und es ist nicht gewusst, dass reell an ihm gearbeitet wird. Der „Check“ aller Regierungsentscheidungen muss umgehend auf den Tisch kommen und einer öffentlichen Debatte unterliegen.
- **Reform der Agrarpolitik und Umsetzung des Biodiversitätsschutzes** in derzeit anstehenden Projekten: Diese Regierung hat mehrfach die Förderung der regionalen Landwirtschaft sowie den Ausbau des Biolandbaus gefordert, dies verstärkt im Respekt der Biodiversität: Um dies konkret umzusetzen, müssen u.a. folgende Gesetzesprojekte überarbeitet werden:
 - die geplante Umgestaltung der Lieferstruktur der schulischen Kantinen (Restopolis) in eine Verwaltung;
 - das vorliegende neue Labelsystem für regionale Qualitätsprodukte;
 - zudem ist eine öffentliche Debatte über die Umsetzung der Europäischen Agrarreform u.a. aus Sicht des Biodiversitätsschutzes dringend notwendig;
 - eine weitaus konsequentere Umsetzung des Aktionsplanes Pestizide.
- **Nein zu weiteren Umgehungsstraßen**, weder durch die offene Landschaft noch durch Naturschutzgebiete
- **Förderung neuer Wohn- und Siedlungsmodelle**, die die soziale Durchmischung und ökologisches Bauen in den Fokus stellen. Zusätzliche partizipative Prozesse sollen zudem konsequent unterstützt werden, da diese bedürfnisgerechtes Bauen und somit auch die Lebensqualität aller Bevölkerungsschichten fördert.
- **Statt einer Ausweitung der Bauperimeter: konsequente Mobilisierung des ausgewiesenen Siedlungsraumes durch entsprechende Instrumente.**
- **Sicherstellung demokratischer Reformen:** u.a. **Überarbeitung des Gesetzes betreffend den transparenten Staat** sowie verstärkte **Förderung ehrenamtlichen Engagements** (u.a. Einführung des „congé associatif“).

Schlussfolgerung: Politische Gestaltungsfähigkeit ist gefordert!

Alle Wissenschaftler sind sich in der Analyse einig: Der Mensch ist dabei seine eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören. Das Haus brennt, wie es „Youth for climate“ u.a. im Namen der zukünftigen Generation zurecht deklamiert.

Es ist sicher positiv, dass die Klimakrise einen verstärkten Eingang in die politische Rhetorik gefunden hat. Aber: die Zeiten der Rhetorik sind definitiv vorbei. Und es gilt ebenfalls neben der Klimakrise auch verstärkt die Biodiversitätskrise in den Fokus zu rücken. Die Erkenntnis, dass der Mensch sich nach ökologischen Leitplanken richten muss, hat sich leider noch nicht durchgesetzt.

In der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode ist es dieser Regierung NICHT gelungen den Pfad im Sinne einer ökologischen Transition zu gehen. Trotz einiger wichtiger Ansätze z.B. betreffend den Ausbau der Stadtbahn oder der Einführung einer CO2-Steuer hat Luxemburg einen erheblichen Nachholbedarf um das Land zukunftsfähig zu gestalten. In wichtigen Gesetzen, z.B. jenem des

Wohnungspaktes oder der Mobilisierung von Bauland, wurden vielmehr die Chancen verpasst, neue Akzente zu setzen (z.B. da neue Wohnformen nicht gefördert wurden, die Mobilisierung bestehenden Baulandes nicht ausreichend in den Fokus gesetzt wurde u.a.m.).

Die Aussagen des Premierministers im Rahmen des Berichtes zur Lage der Nation sowie des Finanzministers P. Gramegna zur Budgetgestaltung ändern leider nichts an dieser Analyse!

Umso eindringlicher der Appell des Mouvement Ecologique in der verbleibenden Legislaturperiode endlich reelle politische Gestaltungsfähigkeit zu zeigen.

Zahlreiche Menschen erwarten – nach den COVID-Erfahrungen, die vielen vor Augen führten, dass die zentralen Werte nicht Konsum, sondern Miteinander und eine intaktere Natur sind - dass die Regierung endlich konsequent handelt. Jedes weitere Vertagen des Aufgreifens der Zukunftsherausforderungen löst unweigerlich verstärkte Politikverdrossenheit aus, und würde sich auch in den kommenden Wahlen zeigen!

In diesem Sinne wirft der Mouvement Ecologique auch einen eher kritischen Blick auf den vom Staatsminister angekündigten Bürgerrat im Klimabereich. Sicherlich: Bürger*innen einbinden ist sinnvoll und ein Bürgerrat mag eine Funktion haben, um die Akzeptanz für bestimmte Maßnahmen zu erhöhen.

Ansonsten aber sind sowohl auf der Ebene des Klima- als auch der Biodiversitätskrise die zu ergreifenden Instrumente hinlänglich bekannt, sie werden in der absoluten Mehrzahl seit Jahren diskutiert. Es liegt an der Politik sie zu ergreifen und nicht die Verantwortung auf die Bürger*innen zu verlagern oder auf die kommende Legislaturperiode zu vertagen!